

MENSCHENRECHTS- AUFGABEN FÜR NIGERIA



**AMNESTY
INTERNATIONAL**





Die Menschenrechtssituation in Nigeria ist durch gravierende Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet: extralegale Hinrichtungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, Folter und andere Misshandlungen, gewaltsames Verschwinden, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Beschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung, auf Bildung von Vereinen und friedlichen Versammlungen, massenhafte Zwangsräumungen, Umweltverschmutzung und mangelhafte Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen. Amnesty International hat über viele Jahre zahlreiche Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Nigeria dokumentiert. Diese Zusammenfassung bewertet die Lage der Menschenrechte in Nigeria und stellt Informationen zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen in ganzen Land zusammen. Amnesty International schlägt die folgende Agenda mit Empfehlungen für die Regierung vor, um die Achtung der Menschenrechte für jeden und jede in Nigeria zu verbessern.

1. EIN ENDE ALLER GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN

Trotz einer Passage im Violence Against Persons Prohibition Act, dem Gesetz zum Verbot von Gewalt gegen Personen, ist Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Nigeria weit verbreitet. Der Violence Against Persons Prohibition Act kriminalisiert mehrere Handlungen, die Frauen verletzen und diskriminieren wie Genitalverstümmelung, finanzielle Abhängigkeit und ökonomische Ausbeutung, zwangsweise Isolation, verletzende Witwen Bräuche, Stalking, Angriffe mit gefährlichen Substanzen und Gewalt durch Vertreter des Staates. Dieses Gesetz, das 2015 erlassen wurde, muss jedoch in den meisten Bundesstaaten Nigerias noch umgesetzt werden.

Im Nordosten hat Amnesty International Fälle von Vergewaltigung und sexueller Ausbeutung durch Soldaten und Mitglieder der Civilian Joint Task Force, einer zivilen Bürgerwehr dokumentiert. Einige von ihnen nutzen den Mangel an Nahrungsmitteln und den Hunger in den Satellite Camps, in die die Frauen gezwungen wurden, aus, um im Tausch gegen Lebensmittel, die die Frauen zum Überleben brauchen, sexuelle Gewalt auszuüben. 2018 führten die Knifar Frauen, einer Gruppe verschleppter Frauen, ein Kampagne durch für die Freilassung ihrer Männer, die unrechtmäßig vom nigerianischen Militär inhaftiert wurden. Um sie zum Schweigen zu bringen, wurde ihnen in den Camps für interne Vertriebene der Zugang zu Lebensmitteln verwehrt.



Amnesty International appelliert an die Regierung:

- Berichten über Gewalt und Missbrauch von Frauen durch das Militär und die Civilian Joint Task Force in den Camps für interne Vertriebene im Nordosten Nigerias umgehend, gründlich, unparteiisch und wirksam nachzugehen und Personen, die sexueller Gewalt verdächtigt werden, nach internationalen Standards strafrechtlich zu verfolgen ohne Anwendung der Todesstrafe;
- einen Plan zur Verhinderung sexueller Gewalt und Ausbeutung in Vertreibungs-Situationen zu entwickeln, in Zusammenarbeit mit humanitären Akteuren und den betroffenen Frauen. Er muss sicherstellen, dass Frauen und Mädchen Zugang zu Grundversorgung haben und dass ihre Menschenrechte gewährt sind, einschließlich des Rechts auf Bewegungsfreiheit;
- alle Frauen, die in Militär-Haft gehalten werden, entweder einer konkreten Straftat anzuklagen oder sie zu entlassen.

2. SCHUTZ DER RECHTE VON KINDERN

Kinder sind in Nigeria verschiedenen Formen von Gewalt ausgeliefert. Nach UNICEF erfahren sechs von zehn Kinder Formen von Gewalt; eines von vier Mädchen und zehn Prozent der Jungen wurden Opfer sexueller Gewalt. Nigeria hat die höchste Zahl von Kinder-Bräuten in Afrika mit mehr als 23 Millionen Mädchen oder Frauen, die als Kinder verheiratet wurden und mit 19,9 Millionen die dritthöchste Zahl weltweit von Frauen und Mädchen, die Opfer von Genitalverstümmelung wurden.

Untersuchungen von Amnesty International berichteten über sexuelle Gewalt gegen Kinder durch Sicherheitskräfte und Insassen des Hochsicherheits-Gefängnisses in Maiduguri und Giwa Barracks in Borno State. Amnesty International fand auch eine große Anzahl von Kinder, die gesetzeswidrig zusammen mit Erwachsenen im Maiduguri Gefängnis inhaftiert waren. Mehr als 3500 Kinder, die meisten zwischen 13 und 17 Jahre alt, wurden zwischen 2013 und 2017 von nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen rekrutiert und im anhaltenden bewaffneten Konflikt in Nordost-Nigeria eingesetzt.

Obwohl die Grundschulausbildung in Nigeria kostenfrei und obligatorisch ist, besuchen etwa 10,5 Millionen Kinder zwischen 5 und 14 Jahren keine Schule. Nur 61 Prozent der sechs bis elf-jährigen sind regelmäßig in der Grundschule und nur 35,6 Prozent der Kinder zwischen 36 und 59 Monaten erhalten eine frühkindliche Erziehung. Bildung ist in Nordost-Nigeria Angriffen ausgesetzt: Über 57 Prozent der Schulen in Borno State sind geschlossen und geschätzte drei Millionen Kinder brauchen dringend Bildungs-Unterstützung. Die Angriffe auf Schulen durch Boko Haram im Nordosten haben auch zum Verfall des Bildungsniveaus beigetragen und die Gefährdung der Kinder erhöht.

Der Child Rights Act, das Gesetz, das die Rechte von Kindern in Nigeria zu schützen sucht, wurde 2003 verabschiedet aber noch nicht in allen Bundesstaaten in Nigeria implementiert.

Amnesty International appelliert an die Regierung:

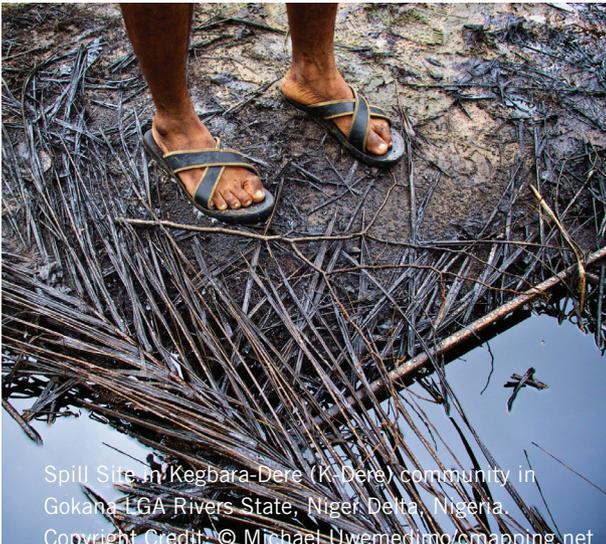
- die effektive Umsetzung und Implementierung des Child Rights Act im ganzen Land sicher zu stellen;
- ausreichende Unterstützung zu Verfügung zu stellen um schnell Schulgebäude und -Einrichtungen wiederherzustellen und zu renovieren, die durch die Gewalt zerstört oder beschädigt wurden, damit Kindern der Zugang zu Bildung schnellst möglich wieder gewährt werden kann.



3. DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE SÄUBERUNG DES NIGERDELTA SICHER STELLEN

Die ölreiche Nigerdelta Region leidet unter epidemischen Öl-Leckagen mit verheerenden Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Lebensgrundlage der Gemeinden. Verletzt werden das Recht auf Gesundheit und das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, sowie auf Wasser und Nahrung und auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Jahrzehnte der Kontaminierung haben das Nigerdelta zu einem der am stärksten verunreinigten Orte der Welt gemacht. Über die Jahre hat Amnesty International die Auswirkungen der Öl-Pest auf die Menschenrechte in verschiedenen Gemeinden in der Nigerdelta Region untersucht. Frauen, Männer und Kinder, die in den betroffenen Gemeinden leben, müssen kontaminiertes Wasser trinken, damit kochen und waschen; sie essen Fische, die durch Öl und andere Stoffe vergiftet sind; der Boden, auf dem sie Landwirtschaft betreiben, ist verseucht und die Luft, die sie atmen, stinkt nach Öl, Gas und anderen Giften.

Drei Jahre nachdem die nigerianische Regierung offiziell ein Säuberungs-Programm für das Ogoniland gestartet hat, waren weder die Ölindustrie noch die nigerianische Regierung in der Lage nachhaltige Lösungen einzuführen, die Öl-Havarien verhindern und sie wirksam zu reinigen.



Spill Site in Kegbara-Dere (K-Dere) community in Gokana LGA Rivers State, Niger Delta, Nigeria.
Copyright Credit: © Michael Uwermedimo, omapping.net

Amnesty International appelliert an die Regierung:

- sicher zu stellen, dass die nationale Öl-Leckagen Ermittlungs- und Einsatz-Agentur mit adäquaten Mitteln ausgestattet ist, damit sie Öl-Lecks unabhängig von den Ölgesellschaften untersuchen kann;
- die Betreiber der Öl-Anlagen zu verpflichten alle angemessenen Maßnahmen zu ergreifen um Sabotage von Ölpipelines und Öl-Diebstahl zu verhindern. Firmen, die es versäumen verantwortliche Massnahmen zu ergreifen, müssen haftbar gemacht werden und die betroffenen Gemeinden entschädigen;
- die notwendigen Schritte zu unternehmen, die negativen Auswirkungen der Öl-Verseuchung der Region des Nigerdeltas auf die Menschenrechte und die Umwelt anzugehen. Als dringliche Angelegenheit sollten diese die Überwachung der Gesundheit der betroffenen Gemeinden einschließen, eine Verbesserung der Gesundheits-Einrichtungen und eine Untersuchung des Trinkwassers und der Nahrungsquellen im Falle einer Kontaminierung durch Kohlenwasserstoff. Die Ergebnisse sollten veröffentlicht werden.

4. FOLTER, GEWALTSAMES VERSCHWINDENLASSEN UND AUSSERGERICHTLICHE HINRICHTUNGEN BEENDEN

Schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter, gewaltsames Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen werden verübt ohne eine strafrechtliche Verfolgung. Eine Untersuchung von Amnesty International zeigt, dass der Einsatz exzessiver Gewalt durch Militär und Polizei zur Tötung von mindestens 45 Anhänger des Islamic Movement in Nigeria (IMN), einer schiitisch-moslemischen Gruppe, führte, die friedlich eine religiöse Prozession in Abuja abhielten. Nigerianische Sicherheitskräfte haben mindestens 150 Mitglieder und Unterstützer_innen einer Pro-Biafra Organisation getötet und hunderte verwundet während gewaltfreier Treffen, Märschen und anderer Zusammenkünfte. Hunderte wurden zudem willkürlich verhaftet.

Die Untersuchungen von Amnesty International zeigen, dass das Special Anti-Robbery Squad (SARS), eine Spezialtruppe gegen Überfälle, verbreitet für Folter und Misshandlungen von Inhaftierten verantwortlich ist. Die Methoden von Folter und anderen Misshandlungen sind schwere Prügel, Aufhängen, Hunger, Schüsse in die Beine, Scheinerschießungen und Androhungen von Tötung.

2018 hat Nigerias Vizepräsident Yemi Osinbajo eine nationale Überprüfung von SARS angeordnet. Dies war ein positiver Schritt, aber es ist entscheidend, dass die Überprüfung von SARS tiefgreifend zu einem adäquaten Schutz aller Nigerianer führt.

Amnesty International appelliert an die Regierung:

- sicher zu stellen, dass der Anti-Torture Act vollständig und wirksam in ganz Nigeria implementiert wird und eine klare, öffentliche Weisung an alle Teile der Polizei, des Militärs und anderer Sicherheitskräfte geht, dass Folter, extralegale Hinrichtungen und ungesetzliche Tötungen unter keinen Umständen geduldet werden;
- umgehend, gründlich und unparteiisch alle Anschuldigungen von Folter und anderer Misshandlungen zu untersuchen und Verdächtige vor Gericht zu stellen, ohne Anwendung der Todesstrafe;
- sicher zu stellen, dass Aussagen und andere Informationen oder Material, das unter Folter oder anderen Misshandlungen erlangt wurde, vor Gericht nicht als Beweis benutzt wird. Diese Vorschriften müssen in die berufliche Ausbildung von Polizei, Militär und Justiz aufgenommen werden;



- die Praxis der isolierten Haft beenden und sicher zu stellen, dass Gefangene Zugang zu ihren Familien, sowie rechtlicher und medizinischer Versorgung bekommen, unmittelbar nach ihrer Inhaftierung und regelmäßig über die gesamte Zeit ihrer Haft;
- sicher zu stellen, dass Opfer von Folter und anderen Misshandlungen umgehend eine adäquate Wiedergutmachung vom Staat erhalten, einschließlich einer Entschädigung, angemessener finanzieller Kompensation und geeigneter medizinischer Versorgung und Therapie;
- sicher zu stellen, dass das nationale Komitee gegen Folter adäquat bevollmächtigt und finanziert ist um seine Funktionen zu erfüllen, einschließlich regelmäßiger Besuche und Inspektionen von Haft-Einrichtungen.
- sicher zu stellen, dass gewaltsames Verschwindenlassen ein strafrechtliches Vergehen darstellt entsprechend Nigerias Verpflichtungen nach dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen.

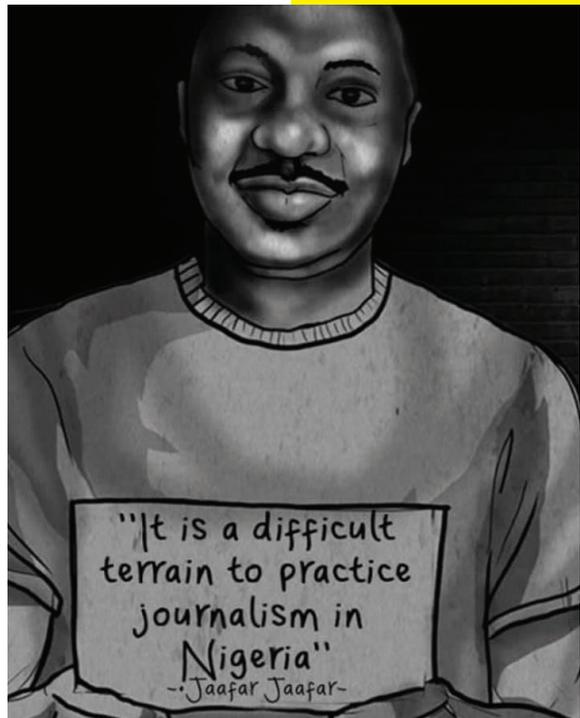
5. FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG GARANTIEREN

In Nigeria sind Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit weit verbreitet. Sicherheitskräfte bedrohen und verhaften fortdauernd Journalist_innen, Blogger_innen, Menschenrechts-Verteidiger_innen und Aktivist_innen wegen der Arbeit, die sie ausüben. Amnesty International hat in ganz Nigeria Fälle dokumentiert, in denen Sicherheitskräfte Journalist_innen und Blogger_innen festgenommen und inhaftiert haben, weil sie ihre Meinungen zum Ausdruck gebracht haben, sowohl in konventionellen als auch in Social-Media Plattformen. Der Journalist Abiri Jones wurde zwei Jahre in einem nigerianischen Gefängnis eingesperrt, nur wegen seiner journalistischen Arbeit. Ihm wurde der Kontakt zu seiner Familie und einem Anwalt verweigert. Ähnlich musste der investigative Journalist Ja'afar Ja'afar mehrere Bedrohungen gegen sein Leben und seine Familie erfahren, weil er zwei Videos veröffentlicht hatte, die den aktuellen Gouverneur eines von Nigerias nördlichen Bundesstaaten zeigen, wie er mutmaßlich Bestechungsgelder von Unternehmern annimmt.

Im Januar 2019 hat Amnesty International eine Kampagne zur Meinungsfreiheit gestartet, die die nigerianischen Behörden dazu aufruft, das Recht auf freie Meinungsäußerung zu respektieren.

Amnesty International appelliert an die Regierung:

- wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Praxis von willkürlichen Festnahmen, Schikanen und Bedrohungen von Journalist_innen, Blogger_innen und anderen, die nur von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen, zu beenden;
- den Cybercrime Act zu novellieren und mit internationalen Menschenrechtsstandards zum Recht auf Privatheit, Meinungs- und Pressefreiheit in Einklang zu bringen.



6. ÖKONOMISCHE, SOZIALE UND KULTURELLE RECHTE SICHERN

In Nigeria gibt es ständige Verletzungen ökonomischer, sozialer und kultureller Rechte und Behinderungen des Zugangs zur Justiz für die Opfer. In Verletzung des Rechts auf adäquates Wohnen haben die die Behörden von Lagos State seit 2013 mindestens 50.000 Menschen zwangsgeräumt. Darunter waren 30.000 aus den Küstensiedlungen Ilubirin und Otodo Gbame, die in drei Räumungsaktionen vertrieben wurden: vom 9. bis 11. November 2016, am 17. und 21. März 2017 und am 9. April 2017. In über drei Jahren seit diesen Zwangsräumungen, hat die Regierung von Lagos State keine Massnahmen ergriffen, um den Überlebenden Hilfe zukommen zu lassen.



Houses in Otodo-Gbame set on fire during the forced eviction on 9 April 2017.

©Justice & Empowerment Initiatives

Amnesty International appelliert an die Regierung:

- ein Moratorium gegen Massen-Zwangsvertreibungen zu erlassen bis angemessene legale und Verfahrens- Schutzmaßnahmen eingeführt sind, um sicher zu stellen, dass alle Räumungen internationalen Menschenrechts-Standards entsprechen und dass eine Gesetzgebung verabschiedet wird, die Zwangsräumungen

ausdrücklich verbietet;

- den Menschen, die Opfer von Zwangsräumungen wurden, für den Verlust oder die Zerstörung ihrer Häuser wirksame Hilfe zu gewähren, einschließlich alternativer Unterkünfte und Entschädigungen;
- die Zwangsräumungen in

Lagos State umgehend zu untersuchen und diejenigen, die dabei mutmaßlich für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, vor Gericht zu stellen, ohne Anwendung der Todesstrafe.

7. DEN RAUM FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT SCHÜTZEN UND DAS TÄTIGKEITS-FELD FÜR MENSCHENRECHTS-VERTEIDIGER_INNEN UND -AKTIVIST_INNEN VERBESSERN

Menschenrechtsverteidiger_innen und Aktivist_innen erleben ständig Angriffe, Bedrohungen und Einschüchterungen. 2017 wurde der Menschenrechtsaktivist Maurice Fangnon in der Abteilung für kriminalpolizeiliche und strafrechtliche Ermittlungen der nigerianischen Polizei in Abuja festgenommen. Seine Verhaftung war ein Versuch, ihn wegen seines Engagements für die Küstensiedlung Otodo-Gbame einzuschüchtern. Raymond Gold erhielt Strafanzeigen, weil er forderte, dass eine Ölgesellschaft für Aktivitäten, die der Umwelt Schaden zugefügt haben, eine Umweltverträglichkeitsprüfung vornehmen muss.

Maryam Awaisu, Mitglied der #ArewaMeToo Bewegung, die Gerechtigkeit für Opfer von sexueller Gewalt fordert, wurde am 19. Februar 2019 von Männern der Special Anti-Robbery Squad, einer Spezialtruppe nigerianischen Polizei, verhaftet. Die unrechtmäßige Verhaftung scheint ein Versuch zu sein, Maryam Awaisu und andere Frauen, die die #ArewaMeToo Bewegung unterstützen, zu bedrohen und einzuschüchtern. Menschen, die für die Menschenrechte eintreten, dürfen für die wichtige Arbeit, die sie tun, nicht mundtot gemacht oder eingeschüchtert werden.



Amnesty International appelliert an die Regierung:

- eine Gesetzgebung anzunehmen und zu umzusetzen, die alle Menschenrechts-Verteidiger_innen und -Aktivist_innen anerkennt und wirksam schützt;
- alle Hinweise auf willkürliche Verhaftungen, Einschüchterungen und Bedrohungen von Menschenrechts-Verteidiger_innen und -Aktivist_innen umgehend, gründlich und unparteiisch zu untersuchen und alle mutmaßlichen Verantwortlichen in fairen Verhandlungen vor Gericht zu stellen;
- wirksame Maßnahmen zu ergreifen um den Gebrauch willkürlicher Festnahmen, Einschüchterungen und Bedrohungen von Menschenrechts-Verteidiger_innen und -Aktivist_innen zu beenden und diese Angriffe öffentlich zu verurteilen;
- sicher zu stellen, dass junge Menschenrechts-Verteidiger_innen und Jugendorganisationen, die sich für die Verteidigung und Förderung der Menschenrechte einsetzen, anerkannt und geschützt werden.

8. DIE TODESSTRAFE ABSCHAFFEN UND ALLE TODESURTEILE UMWANDELN

Die Todesstrafe ist noch immer eine gesetzliche Strafe in Nigeria und wird weiterhin im ganzen Land verhängt. Mit mehr als 2000 zum Tode Verurteilten, hat Nigeria Ende 2018 die höchste Zahl an Insassen in Todeszellen in Subsahara Afrika.

Amnesty International lehnt die Todesstrafe ausnahmslos und in allen Fällen ab, ungeachtet wer beschuldigt wird, der Art und Umstände des Verbrechens, Schuld oder Unschuld und Art der Hinrichtung. Amnesty International hält die Todesstrafe für eine Menschenrechtsverletzung, insbesondere des Rechts auf Leben und des Rechts frei von Folter und grausamer, unmenschlicher oder herabwürdigender Behandlung oder Strafe zu leben, wie es von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantiert wird.

Die globale Unterstützung für die Abschaffung der Todesstrafe steigt. Ende 2018 hatten 106 Länder die Todesstrafe für alle Vergehen abgeschafft. Es gibt glaubhafte Argumente für die Abschaffung der Todesstrafe. Es gibt keine Beweise dafür, dass die Todesstrafe Verbrechen effektiver verringern würde, als lebenslange Haft. Die Todesstrafe wird oft in fragwürdigen Rechtssystemen angewendet, in Fällen, in denen Menschen in grob unfairen Verhandlungen verurteilt werden, auf Grund von unter Folter erlangten Beweisen und mit unzureichendem Rechtsbeistand. Die Todesstrafe ist die letzte unumkehrbare Strafe und das Risiko eine unschuldige Person hinzurichten, kann nie ausgeschlossen werden. Die Last der Todesstrafe wird unverhältnismäßig durch jene getragen, die einen schwachen sozio-ökonomischen Hintergrund haben oder einer ethnischen oder religiösen Minderheit angehören.

Amnesty International appelliert an die Regierung:

- ein offizielles Moratorium aller Hinrichtungen einzusetzen mit dem Ziel die Todesstrafe abzuschaffen;
- alle Todesurteile in Haftstrafen umzuwandeln;
- die Todesstrafe für alle Verbrechen abzuschaffen.



Fotos außer Seiten 5 und 9: © Amnesty International

gekürzte deutsche Übersetzung von
NIGERIA: HUMAN RIGHTS AGENDA
AFR 44/0431/2019 MAY 2019

AMNESTY INTERNATIONAL
Zinnowitzer Str. 8, 10115 Berlin

<https://amnesty-westafrika.de/nigeria/>
Spendenkonto: DE 233 702050 0000 8090 100
Verwendungszweck: Nigeria-Kogruppe 2044